



Niedersachsen



Bremen



Hamburg

(Stand: 19.07.2023)

Nicht vom Begünstigten auszufüllen!

2	7	6	-	0	3	-					-				-				
---	---	---	---	---	---	---	--	--	--	--	---	--	--	--	---	--	--	--	--

Landwirtschaftskammer Niedersachsen

Sachgebiet 2.1.2 - EU-Bienenzuchterzeugnisse

Beratung, Bildung und sonstige Förderprogramme

Postfach 91 06 02

30426 Hannover

Eingangsstempel Bewilligungsstelle (LWK)

Antrags-Nr.

2.1.3**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung**

Auf der Grundlage von Nr. 2.1.3 i. V. m. Nr. 7.3 der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse und Förderung der Bienenzucht und -haltung der Länder Niedersachsen, Bremen und Hamburg beantrage/n ich/wir eine Zuwendung für Untersuchungen von Honig. Gleichzeitig bitte/n ich/wir um Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn. **Der Antrag zum vorzeitigen Maßnahmebeginn soll rechtzeitig (mindestens vier Wochen) vor Beginn der einzelnen Maßnahme vorgelegt werden.**

1. Begünstigter

Name der Imkerorganisation	
Anschrift	
1.Vorsitzende/r	Name: Telefon: E-Mail:
Bankverbindung	IBAN: DE _ _ _ _ _ BIC: _ _ _ _ D E _ _ _ _ _

2. Vorhaben/ Maßnahme

Vorgesehen sind Untersuchungen	Anzahl	Ausgaben (brutto)
a) auf physikalisch-chemische Merkmale		EUR
b) zur botanischen Herkunftsbestimmung		EUR
c) in Kombination von a) und b)		EUR
d) auf Krankheitskeime		EUR
Insgesamt		EUR

3. Finanzierungsplan

Eigenmittel	EUR
Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung, z. B. Spenden) durch _____	EUR
Beantragte/bewilligte öffentliche Förderung durch _____	EUR
Beantragte Zuwendung Land Niedersachsen/EGFL	EUR
Summe Einnahmen	EUR

4. Anlagen

Nachfolgend aufgeführte Anlagen sind **mindestens einmal, i.d.R. mit dem ersten Beihilfeantrag** zu Beginn des jeweiligen Wirtschaftsjahres (01.08.), für das Imkereijahr bei der zuständigen Bewilligungsstelle der LWK vorzulegen.

Bei Änderungen, wie z.B. der im Stammdatenblatt genannten Daten (nicht abschließende Listung), sind diese unverzüglich der Bewilligungsstelle der LWK schriftlich mitzuteilen.

Anlage:	Liegt dem Antrag bei	Bereits in der LWK vorliegend
Stammdatenblatt		
Allgemeine Erklärungen der antragstellenden Person/en		

5. Erklärungen

Der Begünstigte erklärt,

- Dass im Rahmen des vorgenannten Vorhabens die Umsatzsteuer von mir/uns tatsächlich und endgültig gezahlt wird und ich/wir dafür nicht zum Vorsteuerabzug nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UstG) nicht berechtigt bin/sind.
- Dass ich/wir zahlungsfähig bin/sind und gegen mich/uns kein Vergleichs- oder Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet ist, und dass ich/wir unverzüglich der Bewilligungsstelle mitteile/n, wenn bis zur Bewilligung des Antrages ein Vergleichs- oder Insolvenzverfahren bevorstehen sollte.
- Dass mit dem Vorhaben/der Maßnahme noch nicht begonnen worden ist und auch vor Bekanntgabe der Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns nicht begonnen wird.

- Dass bekannt ist, dass bereits der Abschluss von Lieferungs- und Leistungsverträgen (Auftragerteilung), die der Ausführung des Vorhabens zuzurechnen ist, als Beginn des Vorhabens gilt.
- Dass dieses Vorhaben nicht im Auftrag Dritter durchgeführt wird oder werden soll und dass außer den im Antrag angegebenen Finanzierungsmöglichkeiten Dritter keine weiteren beantragt oder in Anspruch genommen werden; andernfalls werde/n ich/wir dieses der Bewilligungsstelle mitteilen.
- Die diesem Antrag zugrunde liegende Richtlinie einschließlich der Hinweise sind bekannt und werden eingehalten.
- Dass man als Imkerorganisation dem zuständigen Landesverband angehört und verpflichtet ist, die Satzung und die Geschäftsordnung des Landesverbandes und die Beschlüsse der Verbandsorgane zu beachten.
- Die Vorlage der Nachweise über die getätigten Aufwendungen erfolgt fristgemäß. Es ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht.
- Dass die Informationspflichten bei der Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13 der Verordnung (EU) 2016/679 - Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zur Kenntnis genommen wurden.

Die Nichteinwilligung zu den vorstehenden Erklärungen führt grundsätzlich zur Ablehnung des Förderantrages.

Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und erkenne/n die dargelegten Erklärungen für mich/uns als verbindlich an.

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift des Begünstigten bzw. der
vertretungsberechtigten Person